

Wir zahlen nicht für diese Krise – Widerstand jetzt organisieren!

Antrag an die BO Reuterkiez – Mitgliederversammlung Neukölln – Landesparteitag Berlin – Bundesparteitag

Antragssteller: Michael Koschitzki

Antrag:

Die durch die Corona-Pandemie ausgelöste kapitalistische Krise führt zu krassen sozialen Einschnitten und Verwerfungen. Millionen von Menschen in Kurzarbeit müssen mit nur zwei Drittel ihres Lohnes über die Runden kommen. Zehntausende sollen jetzt schon auf die Straße gesetzt werden. Da helfen 300 Euro pro Kind oder zwei Prozent an der Ladenkasse nur wenig. Gleichzeitig werden Milliarden für die Rettung von Konzernen mobilisiert. Spätestens nach den nächsten Wahlen wird der Mehrheit der Bevölkerung dafür in Form von Kürzungspaketen die Rechnung präsentiert werden.

Unternehmer wie Benko haben ein geschätztes Privatvermögen von 4,9 Milliarden Euro. Als Eigentümer von Karstadt/Kaufhof will er aber über 5.000 Menschen auf die Straße setzen. Allein mit diesem Vermögen könnten sie Jahrzehnte weiterbeschäftigt werden.

Die Auseinandersetzung um die Kosten der kapitalistischen Krise beginnt jetzt. Wir müssen sagen: „Wir zahlen nicht für diese Krise!“ und Widerstand organisieren. DIE LINKE Berlin organisiert hier vor Ort Proteste gegen Kürzungen und Entlassungen bzw. beteiligt sich an ihnen. Darüber hinaus ist eine bundesweite Zusammenführung von Widerstand in Form einer bundesweiten Großdemonstration oder zeitgleichen regionalen Demonstrationen nötig. Zur Vorbereitung lädt DIE LINKE zu einer bundesweite Konferenz der Linken, Gewerkschaften und weiteren Initiativen noch in diesem Jahr ein.

DIE LINKE bringt dort folgende Forderungen ein:

- Nein zu allen Entlassungen und Arbeitsplatzabbau. Volle Lohnfortzahlung und Ersatzarbeitsplätze von allen Betroffenen in der Luftfahrt und ähnlichen Bereichen. Für die Enteignung von Konzernen, die Entlassungen durchführen und Überführung in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung.
- Nein zu allen Kürzungen zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene – Finanzierung von Ausgaben und Steuerausfällen durch eine Corona-Abgabe für Millionär*innen: dreißig Prozent ab der ersten Million!
- Massive Investitionen ins Gesundheitswesen und öffentlichen Dienst – für eine Personalbemessung nach Bedarf und die Abschaffung der Fallpauschalen. Für die Verstaatlichung aller privaten Krankenhäuser und ein staatliches Gesundheitswesen unter der Kontrolle der Beschäftigten, Gewerkschaften und Kommunen/Länder.
- Für die Verteidigung aller demokratischen Rechte – nein zu Bundeswehreinmächtigkeiten im Inneren.
- Nein zu Rassismus und jeglicher Spaltung: Für die Abschaffung aller Sondergesetze sowie anlasslosen Kontrollen und für gleiche Rechte für Alle. Für eine unabhängige demokratische Untersuchung von Polizeigewalt und rechten Strukturen im Staatsapparat.
- Statt kapitalistischem Chaos und Produktion für den Profit: Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung – für demokratische Kooperation und nachhaltige Planung entsprechend der Bedürfnisse von Mensch und Umwelt.

Begründung: erfolgt mündlich